

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Wird der Bauer vom Produzenten zum Landschaftsgärtner?

Vorstellung und Vertragsunterzeichnung des Projektes «Öko-Bauer» zur Verwirklichung einer naturnahen und umweltschonenden Landwirtschaft

(G.M.) – Mit dem Projekt «Öko-Bauer» soll in unserem Land die naturnahe und umweltschonende Landwirtschaft unterstützt werden. Zwischen der «Stiftung zur Förderung der wirtschaftlichen und technischen Innovation» und der «Vereinigung bäuerlicher Organisationen» wurde gestern vormittag ein Vertrag unterzeichnet, der die Förderung des Projektes während drei Jahren durch die Stiftung vorsieht. Im Förderungszeitraum sollen sogenannte Pilot-Bauernbetriebe in Schritten an eine naturnahe Produktion herangeführt werden und dadurch für die übrige Landwirtschaft als Vorbild dienen.

An einer Pressekonferenz informierten Vertreter der «Stiftung zur Förderung der wirtschaftlichen und technischen Innovation» über das Ausmass der Förderung und Vertreter der «Vereinigung bäuerlicher Organisationen» über das Projekt, das vorerst mit 11 verschiedenen Landwirtschaftsbetrieben verwirklicht werden soll. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille als Landwirtschaftsminister musste sich aufgrund der zeitlich vorgezogenen Regierungssitzung entschuldigen, doch mit dem neuen Präsidenten der Vereinigung bäuerlicher Organisationen (VBO), Dr. Ernst Walch, war die politische Seite dennoch vertreten. Wie Walch nach der Vorstellung des Projektes ausführte, sollen die Erfahrungen mit dem «Öko-Bauer» zur Systemänderung der bisherigen Landwirtschaftspolitik beitragen. Ob der Bauer damit vom Produzenten zum Landschaftsgärtner wird, muss sich zuerst weisen – doch die Richtung ist mit dem Abbau der quantitativen Produktionsförderung zur qualitativen Unterstützung angezeigt.

Förderung der Landwirtschaft

Die Stiftung zur Förderung der wirtschaftlichen und technischen Innovation hat, wie Stiftungspräsident Hans-Werner Ritter ausführte, seit ihrer Gründung im Jahre 1985 verschiedene Projekte unterstützt, die dem Stiftungsgedanken entsprechen, beispielsweise das Liechtenstein-Institut in Barenden oder das Neutechnikum in Buchs. Im Sinne des Stiftungszweckes, eine branchenmässig ausgewogene Unterstützung vorzunehmen, wird mit dem Projekt «Öko-Bauer» nun auch ein Landwirtschaftsprojekt mit finanziellen Mitteln gefördert.

Der Anstoss zu diesem Projekt «Öko-Bauer» kam von Prof. Dr. Clemens-August Andreae, Professor an der Universität Innsbruck. Nach Erstellung einer Machbarkeitsstudie durch den früheren Leiter des Landwirtschaftsamtes, Ing. agr. Ernst Ospelt, beauftragte die Stiftung Klaus Büchel, inzwischen Leiter der Geschäftsstelle der Vereinigung bäuerlicher Organisationen, mit der Erarbeitung eines Konzeptes für das Projekt «Öko-Bauer».

Die Förderung durch die Stiftung besteht in der Ausrichtung eines jährlichen Beitrags von 110 000 Franken, befristet auf drei Jahre, während sich die Vereinigung bäuerlicher Organisationen verpflichtet, das Projekt gemäss dem erarbeiteten Beratungskonzept durchzuführen.

Zweck und Ziel des Projektes «Öko-Bauer»

VBO-Präsident Dr. Ernst Walch erinnerte in seiner Stellungnahme einleitend an die Schaffung der Vereinigung bäuerlicher Organisationen, die erst die Verwirklichung eines derartigen Projektes er-



Vorstellung des Projektes «Öko-Bauer» in der Bank in Liechtenstein: von links VBO-Geschäftsführer Klaus Büchel, VBO-Präsident Dr. Ernst Walch, Stiftungspräsident Hans-Werner Ritter, Dr. Egnond Frommelt und Fridolin Frick, Vizepräsident der Vereinigung bäuerlicher Organisationen (VBO). (Bild: Beat Schürte)

möglichst habe. Mit dem «Öko-Bauer» soll nach seinen Worten nicht nur ein Projekt verwirklicht, sondern auch eine grosse Breitenwirkung in der liechtensteinischen Landwirtschaft erzielt werden. Bei der Vorstellung des Projektes, wie es in den nächsten Jahren verwirklicht werden soll, unterstrich Klaus Büchel die Zielsetzung mit der «Verbreitung und Förderung einer naturnahen und umweltschonenden Landwirtschaft, insbesondere der integrierten Produktion und des Bio-Landbaus. Zudem sollen die Konsumenten mit «guten Produkten» aus Landwirtschaftsbetrieben versorgt werden, die zur Umwelt besonders Sorge tragen.»

Der Projektlauf ist vorerst mit 11 Landwirtschaftsbetrieben geplant, die teilweise eine vollständig verschiedenarti-

ge Struktur in Produktion und Grösse aufweisen. Nach einer Bestandaufnahme sollen noch in diesem Jahr Bodenanalysen vorgenommen werden, die in einem zweiten Schritt durch Massnahmen des Pflanzenschutzes sowie der Düngung ergänzt und im dritten Jahr mit der Umstellung auf den biologischen Landbau ersetzt werden. Über alle drei Projektjahre hinweg wird der Aufbau von Direktvermarktungswegen verfolgt und vernetztes Denken geübt.

Übergang zu Direktzahlungen

Die Landwirtschaft befindet sich, nachdem die vergangenen drei oder vier Jahrzehnte vor allem der Steigerung der Produktion galten, in einer Umstellungsphase. VBO-Präsident Dr. Ernst Walch er-

klärte, dass die geltende Subventionspolitik des Staates in Frage gestellt werde, wobei gerade mit dem Projekt «Öko-Bauer» wertvolle Erfahrungen für einen beginnenden Innovationsprozess gesammelt werden könnten. Ing. agr. Ernst Ospelt bekannte, dass in den letzten Jahrzehnten vieles falsch gemacht worden sei, doch jetzt habe ein Umdenken eingesetzt. Die staatliche Subventionspolitik bewege sich von der Bezahlung von Überschüssen auf gezielte Direktzahlungen. Nach Auskunft von Prof. Clemens-August Andreae ist die Zukunft der Landwirtschaftspolitik gekennzeichnet durch eine Mengenverringering und eine Qualitätsverbesserung – verbunden mit einer Schonung des Bodens und der Umwelt.

Für oder gegen die 5-Tage-Woche in der Schule?

Die Regierung hat sich für schulfreien Samstag entschieden – Initiativkomitee ist dagegen

(G.M.) – Wird die 5-Tage-Woche an den Schulen eingeführt oder nicht? Die Regierung hat sich für den schulfreien Samstag entschieden und wird die entsprechende Verordnung herausgeben. Ein Initiativkomitee meldete, wie bereits berichtet, bei der Regierung eine Volksinitiative zur Änderung des Schulgesetzes an, wonach der Unterricht an den Schulen auf sechs Werktagen zu verteilen wäre. Wie sich die Angelegenheit derzeit darstellt, muss voraussichtlich das Volk die letzte Entscheidung in dieser Frage geben.

Die bei der Regierung eingereichte Volksinitiative möchte im wesentlichen die Verteilung der Unterrichtszeit auf sechs Werktagen erreichen, daneben aber auch die Möglichkeit zu höchstens sechs verlängerten Wochenenden pro Schuljahr schaffen. Mit diesem Initiativbegehren soll die Entscheidung der Regierung, auf dem Verordnungswege die 5-Tage-Woche an den Schulen einzuführen, zu Fall gebracht werden. Hinter der Initiative steckt aber auch der Grundgedanke, dass eine «wichtige Angelegenheit» wie die Verteilung der Unterrichtszeit nicht auf dem Verordnungswege gelöst werden dürfte, sondern auf Gesetzesebene geregelt werden müsse. Dem Vernehmen nach soll sich ein Personenkreis mit einer Beschwerde beim Staatsgerichtshof befassen, sobald die Regierung die Verordnung über die Unterrichtsverteilung auf 5 Wochentage herausgibt.

Zuerst Einführung, dann Abschaffung?

Obwohl die Regierung die Entscheidung, dass die 5-Tage-Woche an den Schulen auf Beginn des Schuljahres 1991/92 eingeführt werde, bereits am 20. Januar 1991 veröffentlichte, fehlt bislang die

Publikation der entsprechenden Verordnung. Hinter dieser Massnahme sieht die Initiativgruppe eine Verzögerungstaktik der Regierung, die damit eine weitere Auseinandersetzung in dieser Frage verhindern wolle. Die späte Anmeldung der Volksinitiative bei der Regierung hängt nach Angaben eines Mitglieds der Initiativgruppe mit dem Warten auf diese Verordnung zusammen. Gleichzeitig äussert die Gruppe die Hoffnung, dass die Regierung ihre Entscheidung aussetzen werde, bis die Frage der 5-Tage-Woche auf dem Weg der Volksabstimmung entschieden sei. Die mit einer Volksinitiative zusammenhängenden Fristen erlauben die Ansetzung des Abstimmungstermins kaum vor dem Beginn des neuen Schuljahres, so dass die endgültige Entscheidung über den schulfreien Samstag mit grosser Wahrscheinlichkeit erst nach dem Beginn der 5-Tage-Woche an den Schulen fällt.

Fristgerecht könnte die Initiative nur Erfolg haben, wenn der Landtag sich für die Gesetzesänderung entscheidet und die Vorlage nicht zur Volksabstimmung weitergibt – eine eher unwahrscheinliche Aussicht unter Berücksichtigung der bisherigen Haltung des Landtags in dieser Frage. Regierung und Landtag sind also in den nächsten Wochen zu Entscheidungen herausgefordert.

Eine Frage der Kompetenz

Die Initiative ist nicht nur in bezug auf die Verhinderung der 5-Tage-Woche an den Schulen zu sehen, sondern auch vor dem Hintergrund eines Kompetenzstreites über die Frage, wer die Ermächtigung zur Einführung des schulfreien Samstags besitzt. Die Regierung vertritt, wie sie verschiedentlich in Stellungnahmen ausgeführt hat, die Auffassung, dass die

5-Tage-Woche auf dem Verordnungswege eingeführt werden könne. Dagegen ist die Initiativgruppe der Ansicht, dass eine derartig wichtige Sache nur auf dem Gesetzeswege geregelt werden dürfe, zumal das Schulgesetz keine eindeutige Kompetenzzuweisung in dieser Frage vornehme. In einer Interpellationsbeantwortung hielt die Regierung vor einem Jahr fest, dass die Verteilung der Unterrichtszeit auf dem Verordnungswege zu regeln sei: «Die Einführung des unterrichtsfreien Samstags fällt somit grundsätzlich in die Kompetenz der Regierung und nicht in die Kompetenz des Gesetzgebers.»

Abstützung durch Umfrage

Die Regierung stützt ihre Haltung, die 5-Tage-Woche an den Schulen einzuführen, auf eine Umfrage, die 1989 sowohl bei Eltern als auch bei Lehrern durchgeführt wurde. Nach Angaben des Schulamtes sprachen sich damals bei einer Rücklaufquote von 46 Prozent immerhin 77 Prozent der Familien für die Einführung des unterrichtsfreien Samstags aus, während 21 Prozent diese Neuerung ablehnten und sich nur 2 Prozent unentschieden zeigten. Die Lehrerbefragung, die eine Rücklaufquote von 54 Prozent verzeichnete, erbrachte 83 Prozent zustimmende Voten, 12 Prozent ablehnende Stimmen und 5 Prozent Enthaltungen. Stellungnahmen liegen auch von den Primarlehrern und den Gymnasiallehrern vor: Der «Volksbildhauer», die Zeitung des Primarlehrervereins, erklärte die Einführung der 5-Tage-Woche als «längst überfällig»; in den «LGymnachrichten» wurde festgehalten, dass sich 39 Lehrkräfte am Gymnasium gegen den schulfreien Samstag ausgesprochen hätten und nur eine Minderheit von 19 Lehrkräften für die 5-Tage-Woche votierte.

KOMMENTAR

Das Projekt «Öko-Bauer» mit der Zielsetzung, einen Innovationsbeitrag zur Änderung der heutigen Landwirtschaft mit Schwergewicht Produktionssteigerung in Richtung des biologischen Landbaus mit Schwergewicht Qualitätsprodukten zu leisten, sieht vielversprechend aus. Mit Unterstützung einer privatwirtschaftlichen Institution wird die vor kurzem gegründete «Vereinigung bäuerlicher Organisationen» in die Lage versetzt, einen dreijährigen Versuch durchzuführen, der ohne Zweifel auch eine Ausstrahlung über den vorgegebenen Zeitraum sowie vor allem über die Versuchsbetriebe hinaus haben wird.

Dieses Beispiel bringt in Erinnerung, dass auch von staatlicher Seite mit dem Wirtschaftsförderungsfonds vor Jahren ein Instrument geschaffen wurde, dessen Zielsetzung in eine ähnliche Richtung zeigt. Doch im Unterschied zur privat ge-

Vorbildfunktion

schaffenen Stiftung zur Förderung der wirtschaftlichen und technischen Innovation brachte es die Regierung bislang nicht fertig, aus dem Wirtschaftsförderungsfonds gezielte Ausschüttungen vorzunehmen, um jungen Unternehmen gemäss dem Fondszweck die Startchancen zu verbessern und damit auch bis zu einem gewissen Grad Strukturpolitik zu betreiben. Der Wirtschaftsförderungsfonds, der bei seiner Gründung zu berechtigten Hoffnungen Anlass gab, dümpelt seit Jahren vor sich hin, weil den zuständigen Stellen offenbar die Ideen fehlen. Aufgrund der Tatsache, dass diese Fondsmittel in einer relativ lang anhaltenden Hochkonjunkturphase nicht zur konjunkturellen Stützung von Unternehmen herangezogen werden mussten, wäre ihre Einsatz im strukturellen Bereich umso wertvoller gewesen.

Das FDP-Postulat zur Überprüfung der Zielsetzungen des Wirtschaftsförderungsfonds, das bei der Regierung hängig ist, könnte aus der seit längerem anhaltenden Lethargie herausreißen. Gerade das Beispiel «Öko-Bauer» zeigt eindrücklich, wie wichtig innovative Vorstösse sind. Und was für die Landwirtschaft gut ist, kann für die übrige Wirtschaft nicht schlecht sein.

Hoffnungen allerdings dürfen im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsförderungsfonds nicht zu hoch gespannt sein, wie man aus anderen Vorstössen weiss. Beispielsweise war im Landtag die Rede davon, dass gezielte Umweltinvestitionen einen staatlichen Bonus im steuerlichen Bereich erhalten sollten, um einen «Schneeball-Effekt» mit vielen solchen Investitionen zum Schutz unserer Natur in Gang zu setzen.

Wer durch diesen Vorstoss, ebenfalls von der FDP-Fraktion, nur einen kleinen Durchbruch aus dem verkrusteten Denken erwartet hatte, wurde in der Zwischenzeit belehrt: Das geltende System ermöglicht keine Ausrichtung von solchen Investitionshilfen, also wird es auch keine geben! Irgendwie erinnert diese Antwort, mit dem Hinweis auf das bestehende System, an das bekannte «Weiter so!» (G.M.)

Fachhochschule geht in die Projektphase

(VLK) – Das Vorarlberger Fachhochschulprojekt soll noch vor kommendem Herbst ein konkretes Profil erhalten. Von der Landesregierung wurde die Einrichtung einer Arbeitsgruppe beschlossen, die konkrete Vorschläge zur Studienrichtung ausarbeiten wird. Die Zielrichtung steht bereits fest: Es wird eine Fachhochschule im Schnittbereich von Wirtschaft, Technik und Umwelt.

Bis kommenden Herbst hofft Landeshauptmann Purtscher das Projekt konkretisieren zu können. Sobald die Studienrichtung im Detail ausformuliert ist, wird die Arbeitsgruppe ein Raumprogramm entwickeln, Vorschläge zum Lehrplan ausarbeiten und den Personalbedarf erheben.

heizöl RIESER
Neugrüt 989
9496 Balzers
preisgünstig
zuverlässig
regelmässig
(075) 4 16 90
Heizöl... am liebsten vom Rieser!